

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.08.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19.15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Katharina Hintz	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Herr Bernd Werner	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Frau Christine Günther	Verw.
Frau Ulrike Neubert	Verw
Frau Margit Sachtlebe	Verw
Frau Angelika Block	Verw
Frau Jane Unger	Verw
Frau Christine Gebhardt	Verw
Frau Monika Nendel	Verw
Herr Bernd Bielecke	Verw

Gäste:

„Labyrinth“ e. V./DBS (Diakonische Begegnungsstätte)
Frau Dipl.-Päd./Soz.-Päd. Sabine Voigt
Frau Dipl.-Päd./Soz.-Päd. Angela Schatz

„Stadtinsel“ e. V. – Psychosoziale Kontaktstelle
Geschäftsführer Herr Berthold Krause

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Andreas Nowotny	CDU	Vertreten durch Frau Annegret Bergner
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Anja Hunger	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Sven Weise	Freie Träger	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung	
Herr Steffen Heinritz	Verw	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 17.4.2008 und 12.6.2008
4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 25.6.2008
5. Vorlagen
 - 5.1. Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz
Vorlage: IV/2008/06988
 - 5.2. Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Beschlussvorlage VI/2008/07261
 - 5.2.1 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt
Vorlage: IV/2008/07427
 - Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07261
6. Mitteilungen
 - 6.1. Information der Psychiatriekoordinatorin Frau Dr. Melzig über die Arbeit der PSAG - ergänzende Ausführungen durch den Labyrinth e. V. und den Stadtinsel e. V.
 - 6.2. Information zum Stand der Umsetzung des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung - Berichterstattung: Fachbereich 11, Gesundheitsmanagement
 - 6.3. Information zum Haus der Wohnhilfe - Berichterstattung Frau Gebhardt, Leiterin des Hauses der Wohnhilfe
7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses sowie Herrn Dr. Wiegand als Vertreter für Herrn Dr. Marquardt und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Außerdem begrüßt sie Frau Katharina Hintz als Nachfolgerin für Frau Pähle.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wolff stellt den Antrag, die Vorlage Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses nicht zu behandeln.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, im Punkt 3 die Niederschrift vom 25.6.2008 zu streichen, da dies nur eine nichtöffentliche Sitzung war. In die Tagesordnung ist als neuer Punkt 4 die Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aufzunehmen. Der Punkt 8.1. wird in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

Der Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 17.4.2008 und 12.6.2008

Die Niederschriften vom 17.4. und 12.6. werden bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 25.6.2008

Die Ausschussvorsitzende gibt den Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.6.2008 bekannt.

Der Vergabe von Fördermitteln zur Förderung von Frauen und Gleichstellungsprojekten (Vorlage IV/2007/06544) wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz Vorlage: IV/2008/06988

Frau Wolff bittet die Vorlage wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses von der Tagesordnung zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	7
Nein	-
Enthaltungen	-

Beschluss:

Der TOP wird von der Tagesordnung gestrichen.

zu 5.2. Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Beschlussvorlage VI/2008/07261 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt Vorlage: IV/2008/07427

Abstimmungsergebnis:

Ja	4
Nein	2
Enthaltungen	1

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Dem Änderungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt.

**zu 5.2.1 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt"
Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07261**

Herr Dr. Wiegand erklärt, dass die Vorlage als Absichtserklärung zu werten ist, es gehe nicht um die Genehmigung der aufgeführten Projekte.

Frau Sachtlebe erläutert die Vorlage und die Vorstellungen zum Stadtumbau. Sie informiert über das Abstimmungsergebnis im JHA vom 7.8.08 und das Abstimmungsergebnis über einen Ergänzungsantrag zu Beschlusspunkt 6 sowie über den modifizierten Beschlussvorschlag im Planungsausschuss vom 12.8.08.

Frau Wolff sagt, der jetzige Träger habe die Maßnahme sehr lange begleitet. Andere Vereine und Träger müssen sich bewerben können, deshalb sollte es hier zu einem Ausschreibungsverfahren kommen. Der jetzige Träger kann sich natürlich auch bewerben und kann aus den Bewerbern ausgewählt werden. Frau Wolff fragt nach sozialen Projekten, sollen diese einzeln vergeben werden? Das Quartiersmanagement sollte Selbsthilfeprojekt sein, wie ist die Effizienz des Quartiersmanagements? Frau Wolff fragt nach den Zuständigkeiten für die Vergabe von Fördermitteln aus dem Programm Soziale Stadt. Was ist für die Pustelblume vorgesehen?

Frau Sachtlebe antwortet, dass die Beantragung von Fördermitteln (1/3 Bund, 1/3 Land) durch die Stadt Halle erfolgt, die diese Fördermittel mit 1/3 Eigenmittel gegenfinanziert. Die Stadt finanziert die städtischen Projekte bzw. durch die Stadt werden die Mittel als Zuschuss an Dritte weitergereicht. Im Vergabeausschuss wird über die Arbeit des Quartiersmanagements berichtet. Zur Effizienz der Tätigkeit des Quartiersmanagements können Unterlagen zusammengestellt werden. Als Erfolg des Quartiersmanagements ist die Gründung der Händlergemeinschaft Neustädter Passage zu bewerten. Für die Pustelblume liegen mehrere Projektvorschläge vor, diese sind aber noch nicht konkretisiert.

Frau Dr. Stark fragt nach den investiven Maßnahmen. Die hohen Projektsummen sind nicht nachvollziehbar, aber für das Gimmi sind keine Gelder da?

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass für das Gimmi der Jugendhilfeausschuss zuständig ist. Es gehe hier nicht um einen Beschluss für Einzelmaßnahmen.

Frau Sachtlebe teilt mit, dass das Handlungskonzept in den folgenden Jahren fortgeschrieben werden muss. Auch in der Vergangenheit kam es vor, dass Vorhaben komplett scheiterten oder zu modifizieren waren. Bei der Pustelblume ist zu beachten, dass der im Norden angrenzende Block abgerissen wird. Es entstehen hier neue Freiflächen. Frau Sachtlebe verweist darauf, dass die angegebenen Summen für 5 Jahre gedacht sind.

Herr Dr. Bartsch kann dieser Maßnahme zustimmen. Halle-Neustadt ist ein besonderer sozialer Brennpunkt. Die Projekte sollten auf soziale Probleme festgeschrieben werden. Das Quartiersmanagement sollte auf die Händler Einfluss nehmen.

Die Ausschussvorsitzende fragt, wer die Auswahl der Projekte vornimmt? Frau Sachtlebe sagt, dass die Auswahl in der Verwaltung mit verschiedenen Fachämtern diskutiert wird.

Frau Wolff fragt wer prüft, welche Projekte sich lohnen? Durch die Fortschreibung der Maßnahme Urban 21 bis 2011 ändert sich nichts wesentlich. Was ist mit der Nachhaltigkeit der Projekte?

Frau Sachtlebe sagt, dass die Nachhaltigkeit der Projekte z. B. mit dem Jugendamt abgestimmt wird.

Herr Czock fragt nach der Gellertstraße. Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Behandlung dieses Themas im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Wolff stellt einen Ergänzungsantrag, welcher auch in der Sitzung des Planungsausschusses am 12.8.08 als modifizierter Beschlussvorschlag beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Modifizierter Beschlussvorschlag

ja	3
Nein	-
Enthaltungen	4

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss (modifiziert):

1. Der Stadtrat beschließt die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Halle-Neustadt als Folgemaßnahme der Landesinitiative URBAN 21 Stadtteilzentrum Neustadt fortzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt das Fördergebiet auf die Stadtviertel nördliche Neustadt, südliche Neustadt und westliche Neustadt auszudehnen (Übersichtskarte mit Abgrenzung des Fördergebiets in der Anlage).
3. Der Stadtrat beschließt das Integrierte Handlungskonzept „Soziale Stadt“ - Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Halle-Neustadt.
4. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.
5. Für die jeweilige Einzelmaßnahme sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.
6. Der Stadtrat beschließt die Fortsetzung des Quartiersmanagements bis 31.12.2011, sofern vom Fördermittelgeber die notwendigen Fördermittel bereit gestellt werden, und beauftragt die Verwaltung, mit der Haushaltsplanung 2009 die für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 notwendigen Verpflichtungsermächtigungen bereitzustellen.
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Maßnahme „Fortsetzung des Quartiersmanagements bis 31.12.2011“ im Ausschreibungsverfahren zu vergeben.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Information der Psychiatriekoordinatorin Frau Dr. Melzig über die Arbeit der PSAG - ergänzende Ausführungen durch den Labyrinth e. V. und den Stadtinsel e. V.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Melzig und die Gäste vom Evangelischen Kirchenkreis, dem Labyrinth e. V. und dem Stadtinsel e. V. und erteilt Frau Dr. Melzig das Wort.

Frau Dr. Melzig stellt die Arbeit der PSAG und ihre Struktur vor. Seit der Gründung im Juli 1995 finden regelmäßige Beratungen der sieben Arbeitskreise statt sowie einmal jährlich ein Plenum. Die PSAG hat 50 Mitglieder und bisher zwei Geschäftsstellen. Nach den Umstrukturierungen in der Stadtverwaltung ist Herr Dr. Wiegand der neue Leiter der PSAG.

Frau Dr. Melzig spricht über die aktuellen Arbeitsschritte zur Klärung einer künftigen Zusammenarbeit mit dem neuen Landkreis Saalekreis in einer gemeinsamen PSAG. Abschließend informiert sie über wesentliche Aufgaben der PSAG wie z. B. die fachliche Unterstützung der Fortschreibung der Psychiatrieplanung der Stadt Halle (2006), die Aktualisierung des Wegweisers „Psychiatrie/Psychotherapie und Psychosomatik für die Stadt Halle und den Landkreis Saalekreis“ im IV. Quartal 2007 und die Durchführung der „2. Psychosozialen Veranstaltungswoche“ vom 8. bis 13.10.2007. Frau Dr. Melzig lädt die Mitglieder des Ausschusses zum Fachgespräch Selbstbefähigung psychisch und suchtkrank Menschen zum Thema „Wie kann ich selbst meine Gesundheit fördern“ am 10. Oktober 2008 im Stadthaus ein.

Dem Protokoll wird der Jahresbericht der PSAG 2007 beigelegt.

Frau Schatz (Evangelischer Kirchenkreis) stellt das Begegnungszentrum für psychisch kranke Menschen vor, welches von zwei Trägern, dem Evangelischen Kirchenkreis und dem Labyrinth e. V. betrieben wird. Frau Voigt (Labyrinth e. V.) nennt die Besucherzahlen. Sie bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die Unterstützung und bittet um Berücksichtigung bei der weiteren Vergabe von Fördermitteln zur Fortführung der Projekte.

Herr Krause, Geschäftsführer des Stadtinsel e. V. schließt sich den Ausführungen von Frau Schatz und Frau Voigt an und stellt den Stadtinsel e. V. und „Die Insel“ gGmbH vor und deren Arbeit vor. Die Organigramme beider Vereine sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den Vereinen und bittet um Fragestellungen.

Frau Bergner fragt, wie ermittelt wird, ob die Menschen psychisch krank sind, die in die Einrichtungen kommen? Herr Krause antwortet, dass Klienten von Krankenhäusern und Ärzten an die Vereine verwiesen werden. In Selbsthilfegruppen sind viele Klienten schon seit Jahren bekannt. Pflegeleistungen können abgerechnet werden mit den Pflegekassen.

Frau Voigt ergänzt, dass das Recht auf Anonymität gewährleistet werden muss. Es wird mit jedem Klienten ein Erstkontaktgespräch geführt. Die Klienten kommen von sich aus, werden aber auch überwiesen. Es werden neue Besucher jedoch auch weggeschickt, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen.

Herr Dr. Yousif fragt, wie viele Mitarbeiter für die Klienten da sind. Frau Voigt informiert, dass der Verein vier Mitarbeiter (3,16 Personalstellen) hat. Zu den Öffnungszeiten sind immer zwei Mitarbeiter da (1 MA für Beratungsgespräche, 1 MA für Gruppengeschehen).

Herr Czock fragt, welche Erkrankungen eine Rolle spielen, z. B. Mobbing, Burn-out-Syndrom? Herr Krause antwortet, dass z. B. das Burn-out-Syndrom eine immer größere Rolle spielt, aber auch Probleme in der Partnerschaft und mit Kindern.

Herr Dr. Brockmann fragt, wie die Überweisungen von den Ärzten zu verstehen seien. Herr Krause erklärt, dass es sich hier nicht um die herkömmliche Arzt-Überweisung handelt, sondern eher als eine Verweisung an die Vereine zu verstehen sei.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den Vereinen für die Informationen.

zu 6.2 Information zum Stand der Umsetzung des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung - Berichterstattung: Fachbereich 11, Gesundheitsmanagement

Frau Block informiert über die Durchsetzung des Nichtraucherschutzes in der Stadtverwaltung. Es wurden Raucherinseln eingerichtet, hier gibt es noch Probleme, wenn diese nicht aufgesucht werden. Die Dienstanweisung gilt ab 30.6.08. Es gibt ca. 450

Raucher in der Verwaltung. Verantwortlich für die Umsetzung des Nichtraucherschutzes sind die Amtsleiter und die Sicherheitsbeauftragten. Positiv ist, dass sich 14 Mitarbeiter zur Raucherentwöhnung bei der Betriebsärztin gemeldet haben.

Frau Wolff fragt, was mit denen passiert, die weiter rauchen, auch z. B. Leitungspersonal? Am Hansering steht ein Aschenbecher direkt vor der Tür einer Herrenboutique und führt zu Belästigungen. Kann hier der Standort verändert werden? Frau Block antwortet, dass beim Weiterräumen in den Räumen disziplinarische Maßnahmen möglich seien, auch beim Leitungspersonal. Frau Block wird sich um das Problem des Aschenbechers am Hansering kümmern.

Herr Czock fragt, wieso die Teilnahme an der Raucherentwöhnung während der Arbeitszeit erfolgt. Frau Block informiert, dass es sich hier um 10 Sitzungen (aller 14 Tage) handelt. Wenn man die Raucherpausen gerechnet, wird hier eher Zeit eingespart.

Frau Dr. Stark versteht nicht, dass die Kosten und die Zeit von der Stadtverwaltung übernommen werden. Frau Block sagt, dass man sich für diese Handhabung entschieden habe und sieht darin trotzdem einen Vorteil.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Block für die Information.

zu 6.3 Information zum Haus der Wohnhilfe - Berichterstattung Frau Gebhardt, Leiterin des Hauses der Wohnhilfe

Frau Gebhardt, Leiterin des Hauses der Wohnhilfe spricht über die Gestaltung der Freiflächen am Haus der Wohnhilfe. Es gibt 5 – 6 Wohnungsräumungen pro Woche, diese Mieter müssen im Haus der Wohnhilfe untergebracht werden. Frau Gebhardt nennt Zahlen zur Belegung des Hauses der Wohnhilfe und spricht über das Personal und dessen Aufgaben. Sie erläutert die Probleme der Bewohner, wie Schulden, Alkohol, Sauberkeit, Hygiene usw.

Frau Wolff fragt, wie alt sind die Bewohner? Wie erfolgt die Integration in das normale Leben? Was ist mit Alkoholikern, die keine Therapie mehr machen wollen? Gibt es dazu ein Projekt in Halle?

Frau Gebhardt informiert, dass es in Halle kein solches Alkoholiker-Projekt gibt. Diese Menschen werden woanders hin überwiesen. Es gibt z. Z. 9 Jugendliche im Haus der Wohnhilfe, deren Probleme liegen eher in der Computerspielsucht.

Herr Dr. Brockmann sagt, dass man immer Gruppen von Leuten sitzen sieht, kann man davor als Sichtschutz nicht z. B. eine Hecke pflanzen. Frau Gebhardt erläutert das Alkoholverbot im Haus, deshalb wird draußen getrunken. Dazu wird der Park neben dem Gebäude genutzt. Somit stehen die Leute nicht auf der Straße.

Herr Dr. Wilhelms ergänzt, dass das sogenannte kontrollierte Trinken sehr umstritten ist. Dazu gibt es bei der AWO in Halle ein Projekt. Frau Wolff meinte nicht dieses kontrollierte trinken, sondern dass das Trinken in gewissen Projekten (Häusern) nicht mehr verboten wird.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach Familien, die im Haus der Wohnhilfe untergebracht sind. Laut Frau Gebhardt gibt es dort z. Z. fünf Familien.

zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Wolff fragt, wie lange die Überarbeitung der Förderrichtlinie noch dauert? Frau Wildner sagt, dass sie noch überarbeitet wird.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 9 Beantwortung von Anfragen

keine

10 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:
Datum: 15.09.08

Kerner
Protokollführerin